

Impressum

Herausgeber: Verband Sonderpädagogik e. V.
Landesverband Sachsen
Geschäftsstelle
Zum Reiterberg 8 | 01099 Dresden
www.vds-sachsen.de

Ausgabe: 01 | 2019
Auflage: 250 Exemplare
Redaktion: Dr. Andreas Methner
Bildnachweis: Titelbild: Kai | © Tina Spolwind
Satz: Diakonische Leipziger gGmbH
www.dat-leipzig.de

Für den Inhalt der Beiträge zeichnen die Verfasser/innen verantwortlich. Der Bezug des Mitteilungsheftes des Landesverbandes Sachsen ist für die Mitglieder des vds Sachsen im Mitgliedsbeitrag enthalten. Das Heft ist für alle Interessenten zum Einzelpreis von 2,50 € über die Geschäftsstelle des vds Sachsen beziehbar.

Vorwort

Liebe vds-Mitglieder,

inspiriert von unseren vds Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen-Anhalt, welche zur dortigen Landtagswahl 2016 den Parteien mit ihren Wahlprüfsteinen auf den Zahn gefühlt haben, möchten wir auch für Sachsen wissen, wo die politischen Vorstellungen der Parteien hingehen.

Nach intensiver Diskussion und reiflicher Überlegung im Landesausschuss haben wir uns für vier Fragen entschieden, von denen wir denken, dass sie für die Bewältigung der aktuellen schulischen Herausforderung in Sachsen elementar sind.

1. Welche bildungspolitischen Vorstellungen hat ihre Partei zur Inklusion in Sachsen?
2. Welche Positionen vertritt ihre Partei, um diese Vorstellungen im Bildungsbereich umzusetzen?
3. Wie will ihre Partei das Recht auf Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit extrem herausfordernden Verhaltensweisen umsetzen?
4. Was will ihre Partei konkret in den ersten 100 Tagen im Bereich Bildung/Schule umsetzen, sollte ihre Partei in Regierungsverantwortung kommen?

Als Lobbyisten der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen, wollen wir keine Politik machen, sondern auf ihre Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten aufmerksam machen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe in unserem wunderbaren Freistaat Sachsen ermöglichen. Deshalb haben wir für uns auch die Fragen beantwortet.

Wir haben sechs Parteien (CDU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen, AfD und FDP) bzw. ihren bildungspolitischen Sprechern geschrieben, mit ihnen telefoniert und sie gebeten, uns kurz und prägnant auf ca. einer Seite die Fragen zu beantworten. Konkrete Antworten zu erhalten war nicht ganz einfach, erst als wir ankündigten, eine leere Seite als Antwort abzdrukken, flatterten von einigen die Antworten ein. Andere wollten testen, ob wir unsere Ankündigung wahr werden lassen. Selbstverständlich ja, also wundern Sie, liebe Leserinnen und Leser, sich nicht. Manchmal bedarf es keiner Worte für eine Antwort. Die Reihenfolge der Aussagen zeigt keine Sympathien an, sondern die Chronologie, wie die Antworten auf unsere Fragen bei uns eingingen.

Wir hoffen, dass die Antworten Ihnen helfen werden, am 1. September 2019 eine für Sie gute und richtige Wahl zu treffen – und wenn nicht, war es bestimmt trotzdem recht interessant, die verschiedenen Positionen nachzulesen. Natürlich ist es erlaubt, dieses Heft an interessierte Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben.

Mit besten Wünschen und Grüßen
vom Vorstand des vds in Sachsen

Landesausschuss Sachsen

Vorstand

Vorsitzende

Ute Schnabel

Alte Dorfstr. 13b
09638 Lichtenberg
Tel. 037323/155433 p.
Tel. 037322/566811 d.
ute.schnabel@verband-
sonderpaedagogik.de

stv. Vorsitzender

Tobias Schmidt

Gustav-Adolf-Str. 19a
04105 Leipzig
Tel. 0341/9104763 p.
Tel. 0341/4137120 d.
schmidt.tobias@bbw-leipzig.de

Geschäftsführerin

Ulrike Gröger

Zum Reiterberg 8
01099 Dresden
Tel. 0351/8108398 p.
ulrike.groeger@verband-
sonderpaedagogik.de

Kassenführerin

Sabine Mehnert

Brockhausstraße 38
04229 Leipzig
Tel. 0341/4798882 p.
bine.mehnert@web.de

Schriftleiter

Dr. Andreas Methner

Goldrutenweg 5
04207 Leipzig
Tel. 03461/101606 d.
methner@ok.de

Referenten

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Prof. Dr. Kerstin Popp

Christianstraße 11
04105 Leipzig
Tel. 0341/9424986 p.
Tel. 0341/9731522 d.
kerstin.popp@verband-
sonderpaedagogik.de

Förderschwerpunkt

Autistisches Verhalten

Dr. Philipp Knorr

Alaunplatz 3b
01099 Dresden
Tel. 0351/33258157 p.
Tel. 03591/270613 d.
ph.knorr@web.de

Berufliche Bildung

Dr. Martin Förster

Lichtwerstraße 5
04808 Wurzen
Tel. 0341/4137100 d.
foerster.martin@bbw-leipzig.de

Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung

Michaela Köster

Merseburger Landstr. 10
06237 Leuna/OT Günthersdorf
Tel. 0341/2476234 p.
Tel. 0341/3088890 d.
micha.koestner@t-online.de

Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

Ulrike Stollberg

Meusdorfer Straße 69a
04277 Leipzig
Tel. 0341/3028236 p.
u.stollberg@web.de

Damaris Klein

Rochlitzstraße 92
04229 Leipzig
Tel. 0341/4808498 p.
damaris-klein@gmx.de

Förderschwerpunkt Hören

Dr. Susanne Römer

Amselweg 1
04420 Markranstädt
Tel. 034205/87962 p.
Tel. 03581/9731-508 d.
susanne.roemer@verband-
sonderpaedagogik.de

Förderschwerpunkt Lernen

Barbara Scholz

Am Albrechtsbach 1
02625 Bautzen
Tel. 03591/603111 p.
Tel. 03528/48260 d.
babsiinbz@web.de

Förderschwerpunkt

motorische Entwicklung

Susanne Petschke

Schützengasse 20
01067 Dresden
Tel. 0351/8119180 d.
susanne.petschke@gmx.de

Förderschwerpunkt Sehen unbesetzt

Förderschwerpunkt Sprache

Anne Hübner

Eibenstr. 6
09669 Frankenberg/OT Mühlbach
Tel. 037206/568456 p.
Tel. 037322/566811 d.
huebner.ann@googlemail.com

Förderschwerpunkt

Unterricht bei Krankheit

Michael Schlesier

Thomasiusstraße 13
04109 Leipzig
Tel. 0341/3028464 p.
schlass@gmx.de



Als Fachverband setzen wir uns für eine qualitativ hochwertige pädagogische Förderung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ein, die behindert, von Behinderung bedroht oder dauerhaft erkrankt sind. Als gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgabe muss dieser Personengruppe eine fachlich gestützte professionelle Begleitung in allen Lebensphasen (Frühpädagogik, Kindergarten, Schule, Ausbildung und Berufsleben) zur Verfügung stehen, um an gesellschaftlichen Kontexten selbstständig teilhaben zu können. Pädagogisch bedarf es hierfür einer verlässlichen sonderpädagogischen Professionalität und einer angemessenen personellen, materiellen und sächlichen Ausstattung, um an allen Schulen die nötigen Bedingungen und spezifische Hilfen anbieten zu können. Es bedarf dazu eines gestuften und vieltätigen Systems von Bildungsangeboten und Orten, die durchgängig und durchlässig zur Verfügung stehen. Neben inklusiven schulischen Strukturen sind auch an segregierenden Beschulungsorten qualitativ hochwertige Bildungsangebote zu erhalten und fachlich weiterzuentwickeln.

Um Menschen mit Unterstützungsbedarf bestmögliche Bildungschancen zu bieten, bedarf es einer offenen und positiven pädagogischen Grundhaltung gegenüber Diversität und Bildungsvielfalt, die sich übergreifend auf allen Schulebenen abbilden sollte. Die qualitative und quantitative Entwicklung des gemeinsamen Unterrichts in Sachsen muss dabei unter Aufrechterhaltung der sonderpädagogischen Fachlichkeit erfolgen. Dies hält vor, dass wir den Übergang aus der Kindertagesstätte in die Grundschule mit innovativen Konzepten und stabilen personellen und qualifizierten Ressourcen qualitativ aufwerten und damit einen wichtigen Grundstein für die schulische Bildung von Kindern mit und ohne Förderbedarf legen. Im schulischen System brauchen wir differenzierte und flexible Angebote, um jedem Schüler gerecht zu werden (u. a. präventive Angebote, um schulisches Scheitern zu vermeiden; personelle und räumliche Möglichkeiten, um Lerngruppen in unterschiedlichen Größen zu bilden; gemeinsame Arbeit von Regelschul- und Sonderpädagogen; umfangreiche Schulsozialarbeit, ...). Für eine bedarfsgerechte Anwendung sind alle Phasen der Lehrerbildung entsprechend auszurichten, schulische Unterstützungssysteme (MSD; Fachberater; Inklusionsassistenten; Schulsozialarbeiter u. a.) zu etablieren bzw. auszubauen und in die Kooperation einzubinden. Um die mannigfaltigen Aufgaben hierfür auf praktischer Ebene zu realisieren, müssen den Akteure in den jeweiligen Bezugssystemen flächendeckend ausreichende und an Qualitätsstandards orientiert Qualifizierungsangebote vorfinden. Eine Neuorientierung der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonal ist unausweichlich, da wissenschaftlich fundierte inklusive Inhalte obligatorischer Bestandteil der Lehrerausbildung für alle Schularten werden müssen.

Menschen mit Unterstützungsbedarf entwickeln zum Teil extrem herausfordernde Verhaltensweisen, die u. a. durch eine geringe Passung individueller Bedürfnisse und den schulischen und sonstigen Rahmenbedingungen generiert oder verstärkt werden können. Grundvoraussetzung im Umgang ist eine abgestimmte intensive Arbeit mit diesen Schülern, den Familien und Bezugssystemen. Dies erfordert hohe personelle und fachliche Aufwendungen und eine hohe Kontinuität in der Arbeit über lange Zeiträume hinweg. Grundsätzlich gilt es, alle präventiven Möglichkeiten auszuschöpfen, um extrem herausforderndes Verhalten zu vermeiden. Hier sind ein grundlegendes, fachwissenschaftlich orientiertes Verständnis und Möglichkeiten der Schul- und Unterrichtsgestaltung als wichtige präventive Maßnahmen zu beachten. Didaktische und methodische Vorgehensweisen zur Prävention von entsprechenden Verhaltensweisen müssen dabei in allen Ausbildungsphasen einen höheren Stellenwert erreichen. Gleichzeitig müssen Lehrkräfte auch die Chance zur Anwendung erhalten. Einerseits erscheinen Pflichtstunden für soziales Lernen, für Klassenmanagement, Classroommanagement hierfür vielversprechende Möglichkeiten und andererseits müssen Stunden für gemeinsame Aktivitäten der Schule im Sinne des sozialen Miteinanders offiziell gewährt werden und nicht als freiwilliges Zusatzengagement angesehen werden. Für den Umgang mit den in unserem Schulsystem lernenden Menschen mit extrem herausfordernden Verhaltensweisen braucht es eine enge Verzahnung der beteiligten Professionen (Medizin, Pädagogik, Psychologie Therapie) und eine Schnittstelle, die zugleich Anlauf- und Beratungsstelle für alle Beteiligten ist, um eine Eskalation in den Klassenzimmern zu vermeiden. Landeseinheitliche Handlungskonzepte zu Kooperationsstrukturen, welche von den Hochschulen in die Praxis transferiert werden, würden die tägliche Arbeit wesentlich erleichtern. Ein veränderter Umgang mit der Schulpflicht, alternative Lernorte (u. a. produktives Lernen) und eine Erweiterung der Abschlussmöglichkeiten für diese Menschen würden die aktuelle Situation im sächsischen Schulsystem wesentlich entschärfen.



Sehr geehrte Frau Schnabel,

im Auftrag von Cornelia Falken, der bildungs-
politischen Sprecherin, anbei die Antwort der
Partei DIE LINKE auf die Fragen zur Landtagswahl.

Jochen Mattern
parlamentarisch-wissenschaftlicher
Berater der Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag

Gemeinsam lernen: Inklusion in der Schule umsetzen

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung durch den Bundestag ist die Forderung nach einem inklusiven Bildungssystem seit Ende März 2009 auch in Deutschland geltendes Recht. Damit hat jedes Kind auch einen individuellen Rechtsanspruch auf einen diskriminierungsfreien Zugang zur allgemeinen Schule.

Inklusion ist dabei viel mehr als die Integration von Kindern mit Behinderungen. Bezogen auf die Schule erfordert sie tiefgreifende Veränderungen im Schulsystem und in jeder einzelnen Schule: Die Überwindung der gegliederten Schulstruktur ist nötig. Ein Schulsystem das darauf ausgerichtet ist, Kinder im Alter von zehn oder zwölf Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen, ist mit dem Prinzip der Inklusion nicht vereinbar.

Inklusion erfordert eine grundlegend neue Lehr- und Lernkultur, die jedes einzelne Kind in seiner Individualität respektiert und wertschätzt, die die Fähigkeiten jedes Kindes erkennt und fördert und jedes einzelne Kind zum bestmöglichen Lernerfolg führt. Das gelingt nicht von heute auf morgen. Dies darf aber keine Ausrede sein, es auf die lange Bank zu schieben.

Von diesen Zielen und Ansprüchen ausgehend verknüpfen wir die Forderung nach einer konsequenten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen mit folgenden Forderungen:

- ▶ Die Umsetzung von Inklusion in der Schule muss alle Schulformen erfassen – von der Förderschule bis zum Gymnasium – und als Ziel eine Überwindung des gegliederten Schulsystems umfassen.

- ▶ Der Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Regelschule muss ohne Vorbedingung eingeräumt werden. Dem entgegenstehende Regelungen müssen sofort entsprechend geändert werden. Eine tatsächliche Verwirklichung des Rechtsanspruches beinhaltet darüber hinaus, dass an den Schulen entsprechende Vorkehrungen getroffen werden. Alle Schulen müssen für alle Kinder zugänglich und umfassend barrierefrei sein.
- ▶ Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, aber auch Initiativen und Verbände von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen sowie wissenschaftlicher Sachverstand sind sowohl in die Konzeption als auch in die Umsetzung einzubeziehen. Denn die Umsetzung der UN-Konvention wird – angesichts der großen Veränderungen, die damit verbunden sein werden, aber auch angesichts der Erfahrungen mit der real existierenden Schulwirklichkeit - von Ängsten und Vorbehalten begleitet. Hier muss um Unterstützung geworben werden. Eine transparente und beteiligungsorientierte Umsetzung ist daher unverzichtbar.
- ▶ Der Prozess der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung kann nur gelingen, wenn er mit zusätzlichen Ressourcen unterstützt wird.
- ▶ Die Schaffung einer wirklich inklusiven Schule kann nicht allein durch Veränderungen von Schule und Schulverwaltung gelingen. Sie erfordert eine Zusammenarbeit insbesondere mit der Jugendhilfe, mit Gesundheitsdiensten und Beratungsstellen. Deshalb muss der Sachverstand dieser Institutionen bereits in Konzeption und Entwicklung einbezogen werden.

- ▶ Die Schulen brauchen für diesen Prozess klare Ziele, eine verlässliche Ausstattung und Zeit, sowie Unterstützung durch Begleitung, Beratung und Qualifizierung.
- ▶ Durch ein inklusives Schulsystem werden die besonderen Kompetenzen von Förderpädagoginnen und -pädagogen nicht überflüssig – im Gegenteil, sie werden an jeder Schule gebraucht. Deshalb brauchen alle Schulen eine verlässliche Mindestausstattung mit Fachkräften mit förderpädagogischer Ausbildung, und wir brauchen einen Ausbau von förderpädagogischen Studiengängen.
- ▶ Eine inklusive Schule bietet Chancen für Lehrerinnen und Lehrer und stellt gleichzeitig neue Anforderungen. Wir brauchen deshalb einen grundlegenden Umbau der Lehramtsausbildung. Förderpädagogische Kompetenzen müssen in allen Studiengängen für zukünftige Lehrerinnen und Lehrer vermittelt werden. Gleichzeitig brauchen wir ein umfangreiches Fort- und Weiterbildungsangebot.
- ▶ Inklusive Schulen brauchen Teams, in den Menschen mit unterschiedlichen professionellen Fähigkeiten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Dazu gehören Festanstellungen und tarifliche Bezahlung bzw. Besoldung für alle. Die Sonderschulen als exklusive Schulen sollen schrittweise überwunden werden. Gleichzeitig halten wir es für richtig, wenn es zunächst inklusive Regelschulen gibt, an denen die Kompetenz und die Ausstattung für besondere Förderbedarfe konzentriert werden.
- ▶ Alle Schulen brauchen Ressourcen und Kompetenzen darin, individuelle Förderbedarfe zu erkennen und entsprechende Lernangebote zu unterbreiten. Sowohl für besondere Fähigkeiten und Talente als auch bei Schwierigkeiten, Beeinträchtigungen und besonderen Unterstützungsbedarfen. In diesem Sinne muss förderdiagnostische Kompetenz an jeder Schule gestärkt und nachhaltig gesichert werden. Wenn dies gelingt, ist eine Etikettierung von Kindern als Sonder- oder Förderschülerinnen und -schüler nicht mehr notwendig und sollte überwunden werden.
- ▶ Der Umsetzungsprozess muss wissenschaftlich begleitet und unterstützt werden. Er muss langfristig auch über die Schule hinaus im gesamten Bildungssystem greifen.

Wir fordern eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern, Ressourcen für diesen Prozess bereit zu stellen. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss aufgehoben und Bildung eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern werden. Der barrierefreie Ausbau der Schulen, die Ausbildung von genügend und gut qualifizierten pädagogischen Fachkräften und eine gute Übergangsphase sind nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern zu erreichen.



Sehr geehrte Frau Schnabel,

wir danken Ihnen für die Übersendung der Wahlprüfsteine des Verbands Sonderpädagogik, Landesverband Sachsen. Frau Zais hat die Anfrage zuständigkeithalber an uns weitergeleitet.

Anbei nun unsere Antworten auf Ihre Fragen. Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Mathias Weilandt
Landesgeschäftsführer
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen **gute Bildung für alle** ermöglichen. Wir fordern die vollumfängliche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Sachsen. Wir streben ein Bildungssystem an, in dem Inklusion entlang der gesamten Bildungskette gelebt wird. Kinder mit Behinderung sollen von Anfang an gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung aufwachsen. Die Bildungseinrichtungen – Kitas und Schulen, aber auch Träger der beruflichen Bildung und Weiterbildung – müssen in die Lage versetzt werden, professionell und gut ausgestattet mit Vielfalt umgehen zu können.

Zwar wird durch das novellierte **Schulgesetz** die Förderschulpflicht faktisch abgeschafft und lernzieldifferenter Unterricht an weiterführenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft ermöglicht. Allerdings muss der Rechtsanspruch auf den Besuch von Regelschulen durch verbesserte Rahmenbedingungen einlösbar werden. Die vorgesehenen Kooperationsverbände könnten ein gangbarer Weg sein, um inklusive Beschulung wohnortnah zu ermöglichen. Jedoch wird die Umsetzung auf die lange Bank geschoben, Gleiches gilt für den Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK. Das geplante Inklusionsgesetz steht weiterhin aus.

Wir wollen in den Förderschwerpunkten Lernen, Emotionale Entwicklung und Sprache die **Diagnostik** durch ein sozialindexbezogenes Schulbudget („Bildungsbonus“) ablösen, mit dem bedarfsgerecht Schulassistent*innen und sonderpädagogische Lehrkräfte finanziert werden können. Für die Förderschwerpunkte Körperbehinderung, Hören und Sehen wollen wir flächendeckend inklusiv arbeitende **Schwerpunkt-schulen** einrichten, um eine optimale Förderung zu gewährleisten. Für inklusiv arbeitende Schulen müssen Ressourcen für die Konzeptentwicklung,

Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Elternberatung bereitgestellt werden. Der Einsatz von **Inklusionsassistent*innen** ist zu verstetigen. Schulen in freier Trägerschaft haben vielfach schon über Jahre Erfahrungen im inklusiven Unterricht gesammelt, die verstärkt eingebunden und genutzt werden sollten. Dass Inklusion **geringere Klassenstärken** erfordert, ist für uns selbstverständlich. Ein Nachteilsausgleich ist auch für solche Schüler*innen zu schaffen, die keinen diagnostizierten Förder-, aber Unterstützungsbedarf haben. Für eine größtmögliche individuelle Förderung braucht es **gut ausgebildetes und ausreichend vorhandenes Fachpersonal**. Wir wollen ein **Lehrerbildungsgesetz** für Sachsen. Darin sehen wir für alle Lehrämter die verpflichtende Integration von inklusiver Pädagogik vor. Außerdem wollen wir das Lehramt für Sonderpädagogik mit einem Lehramt für Inklusionspädagogik deutlich aufwerten und Einsatzmöglichkeiten auch an Regelschulen bzw. als Integrationslehrkraft schaffen. Ferner brauchen wir Kriterien im **Schulhausbau**, die größtmögliche Barrierefreiheit schaffen und eine zeitgemäße Pädagogik in heterogenen Lerngruppen ermöglichen. Auch Rahmenbedingungen wie die **Schülerbeförderung** inklusiv unterrichteter Schüler*innen (und deren Finanzierung) bedürfen der Klärung.

Für etwaige Gespräche mit anderen Fraktionen über eine Regierungsbildung sind für den Bereich Bildung/Schule bezüglich Inklusion die genannten Punkte prioritär. Ferner wollen wir:

- ▶ den Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen deutlich verbessern
- ▶ das längere gemeinsame Lernen durch die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen ermöglichen
- ▶ die Gleichstellung von Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft voranbringen und
- ▶ die finanzielle, organisatorische und pädagogische Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen stärken.

Zum Weiterlesen

Parlamentarische Initiativen der GRÜNEN-Landtagsfraktion:

- ▶ Antrag „Inklusion an sächsischen Schulen – Ressourcen effizient steuern, Unterstützung gewährleisten, Bildungschancen wahren“ (Drs 6/5046, 02.05.2016):
<https://bit.ly/2JIDjAv>



- ▶ Stenografisches Protokoll der öffentlichen Anhörung (10.06.2016):
<https://bit.ly/2OnXXEG>



- ▶ Antrag „Schulische Inklusion in Sachsen umsetzen – Fortgeschriebenen Aktions- und Maßnahmeplan vorlegen“ (Drs 6/1762, 28.05.2015):
<https://bit.ly/2YpuuPf>



- ▶ Antrag „UN-Behindertenrechtskonvention im Freistaat Sachsen voran bringen“ (Drs 6/1191, 13.03.2015):
<https://bit.ly/2COAZIR>



Presse und Co.:

- ▶ PM „Die Inklusion an sächsischen Schulen droht aus dem Blick zu geraten“ (21.09.2018):
<https://bit.ly/2CFkF6D>



- ▶ PM „Inklusion an Schulen – GRÜNE fordern deutlich mehr Engagement von der Koalition“ (28.10.2016):
<https://bit.ly/2Fw4JUT>



- ▶ PM „Anhörung im Schulausschuss zu Inklusion zeigt, dass im Entwurf für das neue Schulgesetz noch erheblicher Änderungsbedarf besteht“ (10.06.2016):
<https://bit.ly/2JPPmfg>



- ▶ Bericht zum Fachgespräch „Inklusion in Sachsen – Anforderungen und Erwartungen an ein neues sächsisches Schulgesetz“ (07.06.2016):
<https://bit.ly/2COP2b5>





Liebe Frau Schnabel,

stimmt - der 31.01. ist schon vorbei. Sorry und haben Sie herzlichen Dank für die Erinnerung! Ich sitze gerade an den Vorbereitungen zum Landtagswahlprogramm (Entwurf eines Teils - siehe Anhang. Insofern stehe ich gut im Stoff und werde mich Ihren Wahprüfsteinen gleich widmen! Bis Ende Februar wird es nicht dauern.

Beste Grüße!
Sabine Friedel

Welche bildungspolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei zur Inklusion in Sachsen?

Die inklusive Gesellschaft unterscheidet sich sehr von unserer heutigen. Das Wesentliche: In der inklusiven Gesellschaft sind Menschen mit Behinderungen ein Bestandteil des täglichen Lebens nicht-behinderter Menschen – und umgekehrt. Der öffentliche Raum, Schulen, Arbeitsplätze und öffentliche Orte sind so gestaltet, dass Menschen mit und ohne Behinderung sie gemeinsam nutzen können. Auch in der inklusiven Gesellschaft stoßen Menschen an Grenzen – und zwar Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen. Doch es sind die Grenzen ihrer Fähigkeiten, ihrer Interessen und ihres Willens, nicht die Grenzen, die ihnen ihre Umwelt setzt.

Schulen müssen so gestaltet sein, dass Kinder mit und ohne Behinderungen hier gleichermaßen gut unterrichtet werden können. Der Schlüssel dafür liegt im „Binnendifferenzierten Unterricht“. Er erkennt an, dass alle Kinder verschieden sind, dass sie unterschiedliche Fähigkeiten haben und Entwicklungsschritte in unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Tiefe vollziehen. Der binnendifferenzierte Unterricht nimmt die jeweils aktuellen Fähigkeiten eines Kindes zum Ausgangspunkt von Lernprozessen. Und passt die nächsten Lernziele dem Erkenntnis- und Leistungsvermögen des Kindes an. Von solchen Schulen würden übrigens auch alle nicht-behinderten Kinder enorm profitieren – weil so starke und schwache Leistungen gleichermaßen gefördert werden. Und ein zweites Übrigens: Die logisch richtige Schulform hierfür ist die Gemeinschaftsschule. Sie nimmt alle Kinder ihrer Umgebung auf, unabhängig von deren Leistungsvermögen.

Welche Positionen vertritt Ihre Partei, um diese Vorstellungen im Bildungsbereich umzusetzen?

Um diesen Weg zu gehen, brauchen wir deutlich mehr Lehrpersonal als bisher. Wir wollen mittelfristig erreichen, dass ein Drittel aller Unterrichtsstunden mit mehr als einer Lehrkraft gehalten werden kann (team teaching). Der Lernstoff und der Schulablauf sollen mehr Gelegenheit zum selbständigen und kooperativen Lernen der Schülerinnen und Schüler geben. In den Schulgebäuden brauchen wir zusätzliche Räume für Gruppenarbeit und multiprofessionelle Teams. Unsere Noten- und Prüfungsregularien müssen individualisiert werden. In der langfristigen Perspektive müssen Regel- und Förderschulen zu einem Schulsystem zusammenwachsen, in dem Kinder mit Behinderungen unter den für sie geeigneten Bedingungen, die wir heute von Förderschulen kennen, gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen aufwachsen und lernen.

Wie will Ihre Partei das Recht auf Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit extrem herausfordernden Verhaltensweisen umsetzen?

Das Zusammenleben von Menschen erfordert ein soziales Verhalten. Am wichtigsten ist es deshalb dafür zu sorgen, dass „extrem herausfordernde Verhaltensweisen“ gar nicht erst entstehen. Sie haben ihre Ursachen oft in äußerst nachteiligen Lebensumständen und erschütternden Erfahrungen in der (frühen) Kindheit. Hierfür braucht es einen starken Sozialstaat und gute Institutionen der Kinderfürsorge und Familienbetreuung. Zum anderen brauchen Kinder und Jugendliche mit herausfordernden Verhaltensweisen eine besondere therapeutische Betreuung, die auch eine zeitweilige Herausnahme aus dem schulischen Umfeld erfordern kann – aber gleichzeitig den Aufbau sozialer Bindungen gewährleisten muss. Dafür brauchen wir in Sachsen noch verlässliche Angebote.

Was will Ihre Partei konkret in den ersten 100 Tagen im Bereich Bildung/Schule umsetzen, sollte Ihre Partei in Regierungsverantwortung kommen?

Das erste: Die langfristige Lehrkräfteplanung muss deutlich aufgestockt werden. Team teaching, Klassenleiterstunde, individualisierter Unterricht – all das erfordert mehr Zeit, also mehr Lehrkräfte. Das zweite: Die Lehrpläne müssen vollständig überarbeitet werden: Weniger Lernstoff, mehr Einüben und interessenorientiertes Lernen. Für beides kann man in den ersten 100 Tagen den Zug nur aufs Gleis stellen. Der Weg bis zum Ziel wird deutlich länger dauern. Aber Schritt für Schritt kommt man an.



Sehr geehrte Frau Schnabel,

bitte entschuldigen Sie die fehlende Rückmeldung. Aktuell kann ich den Wahlprüfstein noch nicht beantworten, da die Verabschiedung des Landtagswahlprogrammes erst Anfang April erfolgt und wir diese Woche die Aufstellung unserer Landesliste haben. Erst danach wird sich ein Team finden, welches sich detailliert mit den Fragen beschäftigen kann. Ich werde versuchen, Ihnen im Februar Antworten auf Basis unserer vorhandenen Beschlusslage zukommen zu lassen. Ich kann Ihnen aber nicht versprechen, alle Fragen bis dahin beantworten zu können. Als kleine, außerparlamentarische und beinahe vollständig ehrenamtlich organisierte Partei haben wir leider nicht die Möglichkeiten, sofort auf alle Anfragen reagieren zu können. Daher kann ich Sie nur um etwas Geduld bitten.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Widra
Landesgeschäftsführer des
FDP-Landesverband Sachsen

Keine Beantwortung der Fragen.



Sehr geehrte Frau Schnabel,

bittte entschuldigen Sie meine verspätete Antwort, ist irgendwie durchgerutscht.
[Antwort auf die vier Fragen]

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Bienst MdL
Bildungspolitischer Sprecher
CDU-Landtagsfraktion Sachsen

Welche bildungspolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei zur Inklusion in Sachsen?

Inklusion ist ein Entwicklungsprozess für die kommenden Jahre, der das Ziel hat, eine Schul- und Unterrichtskultur zu etablieren, in der alle Schüler den für sie höchstmöglichen Schulabschluss erreichen können. Das Elternwahlrecht ist dabei von entscheidender Bedeutung. Zur Wahlfreiheit gehört aber auch, dass Förderschulen als hochprofessionelle und gleichzeitig geschützte Räume erhalten bleiben. Nicht jede Schule kann und muss für jeden Förderschwerpunkt schulische Angebote machen, weshalb eine gute regionale Zusammenarbeit aller Beteiligten notwendig ist. Insbesondere bei der Integration und Inklusion von Kindern mit Lernschwierigkeiten hat Sachsen Nachholbedarf.

Welche Positionen vertritt Ihre Partei, um diese Vorstellungen im Bildungsbereich umzusetzen?

Um die regionale Zusammenarbeit zu stärken, sollen Schulen aller Schularten in Kooperationsverbänden zusammenarbeiten. Damit soll in zumutbarer Entfernung für jeden Schüler eine inklusive Beschulung ermöglicht werden.

Für die Förderschwerpunkte „Lernen“ und „Emotional – soziale Entwicklung“ wollen wir möglichst bis zur Klassenstufe 2 auf die Diagnostik verzichten. Dieses Vorhaben ist wissenschaftlich eng zu begleiten, da es sich um einen Paradigmenwechsel handelt, dass zusätzliche Ressourcen zur Unterstützung der Inklusion bislang mit der Feststellung eines Förderbedarfs einhergingen. Stattdessen soll nach unserer Vorstellung jede Grundschule zusätzliche Ressourcen erhalten, um alle Schüler besser zu fördern.

Durch eine Gewichtung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll die Zahl der Schüler pro Klasse bei inklusiver Beschulung je nach Förderschwerpunkt reduziert werden. Das halten wir für sinnvoller als eine pauschale Absenkung auf eine bestimmte Anzahl.

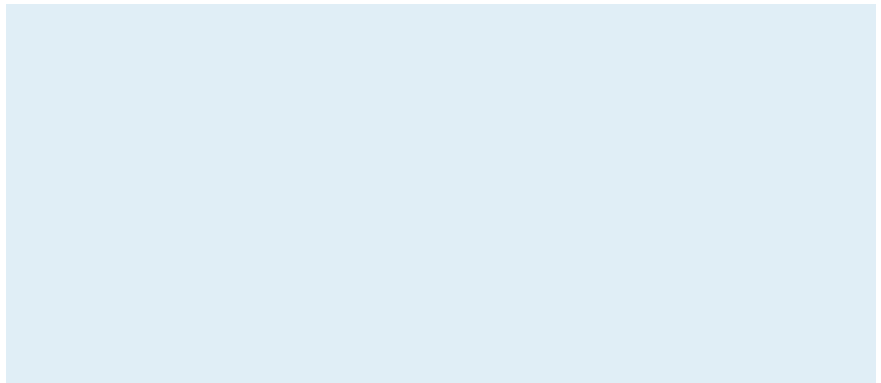
Wie will Ihre Partei das Recht auf Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche mit extrem herausfordernden Verhaltensweisen umsetzen?

Kinder mit extrem herausfordernden Verhaltensweisen benötigen zuerst verlässliche Beziehungen und Strukturen. Lehrerinnen und Lehrer müssen darin geschult werden, unterschiedliche Interventionsstrategien für unterschiedliche Verhaltensmuster zu entwickeln. Gleichzeitig müssen Angebote des Gesundheitsmanagements für Lehrerinnen und Lehrer ausgebaut werden.

Sollte eine integrative oder inklusive Beschulung von Schülern mit extrem herausfordernden Verhaltensweisen nicht gelingen, ist die Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung der erste Anlaufpunkt. Gleichzeitig muss die Vernetzung mit Angeboten der Jugendhilfe und mit weiteren Beratungsstellen z. B. zur psycho-sozialen Hilfe stattfinden.

Was will Ihre Partei konkret in den ersten 100 Tagen im Bereich Schule/Bildung umsetzen, sollte Ihre Partei in Regierungsverantwortung kommen?

Kann noch nicht beantwortet werden, da das Wahlprogramm noch nicht vorliegt.



keine Antwort

Aufruf zur Mitwirkung – Wir freuen uns über Ihre Impulse!

Sonderpädagogik braucht Fachkompetenz!

Beiträge aus:

- ▶ Wissenschaft und Forschung
- ▶ Fachdidaktik und Fortbildung
- ▶ der schulischen und beruflichen Praxis
- ▶ dem Verbandsleben

Wenn Sie einen Beitrag in den Landesmitteilungen veröffentlichen möchten, wenden Sie sich bitte an den Schriftleiter Dr. Andreas Methner.

methner@ok.de



Aktuelle Informationen und Angebote finden Sie im Internet auf der Homepage des vds Sachsen.

www.vds-sachsen.de



In unregelmäßigen Abständen versendet der Landesverband Newsletter per E-Mail. Sollten Sie diese beziehen wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail an die Geschäftsführerin.

ulrike.groeger@verband-sonderpaedagogik.de



Bitte deutlich in Blockschrift ausfüllen und einsenden an die vds-Bundesgeschäftsstelle, Ohmstraße 7, 97076 Würzburg, oder die jeweilige Landesgeschäftsstelle

Beitrittserklärung

Ich beantrage hiermit die Aufnahme in den Verband Sonderpädagogik e. V.

Landesverband

Möglich ist der Landesverband, in dessen Bereich Sie wohnen oder arbeiten.

Vor- und Zuname

Dienstbezeichnung

Geburtsdatum

Privatanschrift

Telefon

E-Mail

Eintritt zum

Ich beantrage einen ermäßigten Beitrag: (Nachweis beifügen)

Begründung

Ort

Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Im Zusammenhang mit meiner Mitgliedschaft im Verband Sonderpädagogik e. V. erkläre ich mich damit einverstanden, dass der Mitgliedsbeitrag von meinem Konto

IBAN

BIC

bei der

jährlich abgebucht wird.

Ort

Datum

Unterschrift

Ich habe den Beitritt des neuen Mitglieds zum vds vermittelt und wähle folgende Prämie:

Vor- und Zuname:

Privatanschrift:

Bücherscheck
Wert 20 €

Gutschein für Materialien des vds
Wert 25 €

CD ZfH 1997-2005
Wert 28 €



Jahres-Mitgliedsbeiträge im Verband Sonderpädagogik e. V., LV Sachsen

Gruppe A

Vollzahler
90 Euro

Gruppe B:

Rentner, TZ- Beschäftigte < 75%,
Pädagogische Fachkräfte (PU, Erzieher, Heilpädagogen)
67,50 Euro

Gruppe C:

Studenten, LAA, Fachschüler, Elternzeit
48 Euro